

11.Sept.2003

Die Privatisierung des Wassers in der Region stoppen! Aufruf zur Gründung einer Initiative für ein Bürgerbegehren

Die attac-Regionalgruppe Kassel, BUND-Kassel, AG Wasser/Lokale Agenda 21 und Sozialistische Alternative SAV-Kassel **rufen auf zur Gründung einer Initiative für die Vorbereitung und Durchführung eines Bürgerbegehrens** gegen die Pläne des Magistrats für die Gründung einer WasserUnion-GmbH durch EAM/E.ON und Städtische Werke AG.

Erklärte Absicht dieser WasserUnion ist es, im Einzugsbereich von EAM/E.ON (Nordhessen, Ostwestfalen, Südniedersachsen und Thüringen) auf Kosten der GebührenzahlerInnen abzuschöpfen, was der Wasser-"Markt" so zu bieten hat. Nach bisherigen Erfahrungen mit Privatisierung von Wasser bedeutet dies höhere Preise, technische Verwahrlosung des Leitungsnetzes und geringere Wasserqualität, Stellenabbau.

Zwar sind die Stadt Kassel und Göttingen vom Geschäftsgebiet der WasserUnion ausgenommen, dennoch kann als sicher gelten, dass dies lediglich ein Zwischenschritt zur Privatisierung der Wasserversorgung (und Abwasserentsorgung) auch in Kassel sein wird, bietet doch EAM/E.ON inzwischen für Strom, Gas, Wasser und Wärme ein "Rund-um-sorglos"-Paket an.

Direkt mit der Privatisierung verbunden ist der Abbau von Einflussnahme der Bürgerinnen und Bürger. Schon jetzt ist die Öffentlichkeit bei den parlamentarischen Beratungen über die WasserUnion ausgeschlossen.

Falls der Magistrat seinen Antrag nicht zurückzieht, und das Stadtparlament der Gründung dieser WasserUnion-GmbH doch zustimmt - nachdem dieser Tagesordnungspunkt schon mehrmals verschoben worden ist - , streben wir als demokratisches Mittel der Einflussnahme von unten ein **Bürgerbegehren** und gegebenenfalls einen Bürgerentscheid an der Wahlurne an, um einen solchen Parlamentsbeschluss rückgängig zu machen.

Für ein Bürgerbegehren sind innerhalb von 6 Wochen nach Beschluss des Stadtparlaments die Unterschriften von 10% der in Kassel wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger erforderlich (ca. 15 000), für den darauf folgenden Bürgerentscheid die Zustimmung von mindestens 25% der Kasseler WahlbürgerInnen.

Die vielen Bürgerinnen und Bürger, die von der zunehmenden Aushöhlung der öffentlichen Daseinsfürsorge und der Privatisierung kommunaler Dienstleistungen die Nase voll haben, die nur Geld in die Taschen von Aktionären schaufelt, könnten und müssten in großer Zahl aktiv werden. - Möglich ist es: auch unter den erschwerten Bedingungen in einer Großstadt wie Frankfurt hat gerade eben ein Bürgerbegehren den geplanten Verkauf der U-Bahn zum Scheitern gebracht.

Attac, BUND, AG Wasser/Lokale Agenda 21 und SAV rufen daher zur Gründung einer Initiative zur Vorbereitung für ein Bürgerbegehren gegen die Privatisierung des Wassers in der Region auf.